

Auf dem richtigen Kurs? - Benchmark Award.Med NRW startet am 1. September 2011

Kurz nach der Gründung stellen viele Jungunternehmer fest, dass sich nicht immer alles nach Plan entwickelt. Plötzlich veränderte Gegebenheiten machen es erforderlich, das eigene Unternehmen neu auszurichten. Ein bewährtes Instrument für diesen Lern- und Umsetzungsprozess ist das Benchmarking. Mit dem Benchmark Award.Med NRW unterstützt die Startbahn junge Unternehmer dabei, dieses strategisch wichtige Instrument zu erproben und ihr Unternehmen auf Basis der selbst gewählten Benchmarks neu auszurichten.

Hochqualifizierte für den Wettbewerb akkreditierte Mentoren begleiten die Teilnehmer von der Stärken-/Schwächen-Analyse über die Auswahl der Benchmarking-Objekte bis zum Entwurf einer Strategie zur Optimierung im Unternehmen. Anhand von sieben effizient strukturierten Online-Modulen, die mit geringem Zeitaufwand zu bearbeiten sind, entsteht der Wettbewerbsbeitrag in Form einer Dokumentation des persönlichen Benchmarking-Prozesses.

Der europaweit wohl einmalige Benchmark Award speziell für die Medizin-/Gesundheitswirtschaft startet im September 2011. Die Teilnahme ist kostenfrei. Mitmachen können Unternehmen bis zum fünften Jahr ihres Bestehens mit Sitz in NRW und bundesweit alle ehemaligen Teilnehmer am Businessplan Wettbewerb Medizinwirtschaft. Geldpreise im Gesamtwert von 20.000 Euro warten auf die Sieger. Gewinnen werden jedoch alle Teilnehmer, denn sie positionieren ihr Unternehmen während des viermonatigen Wettbewerbs neu und legen damit den Grundstein für ihren künftigen Unternehmenserfolg.

Jetzt anmelden! Nutzen Sie Ihre Chance Benchmarking kennenzulernen und Ihr Unternehmen fit zu machen für die Zukunft. Ab sofort können Sie sich unter www.startbahn-ruhr.de für den Wettbewerb anmelden. ■

Außenwirtschaft

Gute Aussichten für Maschinenbauer: Germany Trade & Invest untersucht die Märkte in Russland, China, Türkei und den USA

Vor Ort präsent sein und gute Geschäfte machen, leichte Abkühlung aber immer noch gute Aussichten, Strategiepapier soll Produktion ankurbeln und Rückkehr zur alten Stärke: diese vier Kernsätze geben die Realität und Chancen auf den untersuchten Märkten wieder.

Nach zwei Krisenjahren ist Russland wieder ein attraktiver Markt für die deutschen Maschinenbauer. Bei Baumaschinen sind die deutschen Lieferungen im ersten Quartal 2011 um 206 Prozent auf 109 Mio. Euro gestiegen, so der Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA). Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW) erwartet für dieses Jahr Zuwächse im Russland-Geschäft um rund 8 Prozent. Immer wichtiger sei allerdings das Engagement deutscher Hersteller in Russland selbst, um gute Geschäfte zu machen. Ein Beispiel dafür ist die Gildemeister AG, die in der Region Uljanowsk eine eigene Fabrik plant: "Solche Projekte sind der russischen Staatsführung natürlich willkommen. Sie will dem eigenen Maschinenbau und vor allem den Werkzeugmaschinenfabriken wieder auf die Sprünge helfen. Zu Sowjetzeiten war das Land weltweit der drittgrößte Hersteller von Metallbearbeitungsmaschinen. Heute liegt Russland nur noch auf Platz 22", so Gerit Schulze, Repräsentant von Germany Trade & Invest in Moskau.

In China deutet vieles darauf hin, dass der 2010 noch überhitzte Markt sich in diesem Jahr etwas beruhigt. Die Zuwachsraten der Umsätze im Maschinenbau sind 2011 im Vergleich zum Vorjahresquartal zwar um 14,4 Prozentpunkte gesunken, liegen aber immer noch bei 29,1 Prozent: "Insbesondere der Kfz-Sektor zeigt Brems Spuren. Doch die Investitionen in Sparten wie Chemie, aber auch der Elektronik und der Elektrotechnik steigen immer noch überdurchschnittlich", so der Repräsentant von Germany Trade & Invest in Shanghai, Bernhard Schaaf.

Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um eine höhere Wertschöpfung und einen höheren Markenwert zu erreichen; das ist einer der Punkte des Strategiepapiers und Aktionsplanes für den Maschinenbau, den die türkische Regierung jetzt vorgelegt hat. Das Ziel sei, so Marcus Knupp von Germany Trade & Invest in Istanbul, ein Exportvolumen von 100 Mrd. US\$ bis 2023 zu erreichen: "Außerdem sollen die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert, die Qualifikationsbasis erhöht und die Forschung und Entwicklung im Maschinenbau unterstützt werden", Marcus Knupp weiter.

In den USA nähert sich der Verkauf von Werkzeugmaschinen wieder dem Vorkrisenniveau, auch wenn die Branchenentwicklung unstetig ist: "Im April fiel der Absatz von Werkzeugmaschinen im Vergleich zum März zwar um 21 Prozent, stieg aber im Vergleich zum April 2010 um 74,9 Prozent an. Betrachtet man das gesamte Quartal und vergleicht es mit dem Vorjahr, verzeichnet die Branche einen Zuwachs von 105,3 Prozent", so Ullrich Umann, GTAI-Repräsentant in New York.

Die vollständigen Studien sind kostenlos unter www.gtai.de erhältlich. Germany Trade & Invest ist die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft berät ausländische Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt ausdehnen wollen. Sie unterstützt deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen, mit Außenwirtschaftsinformationen.

Recht

ELENA-Verfahren wird eingestellt

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) haben sich nach eingehender Überprüfung des ELENA-Verfahrens darauf verständigt, das Verfahren schnellstmöglich einzustellen.

Grund ist die fehlende Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur. Umfassende Untersuchungen haben jetzt gezeigt, dass sich dieser Sicherheitsstandard, der für das ELENA-Verfahren datenschutzrechtlich zwingend geboten ist, trotz aller Bemühungen in absehbarer Zeit nicht flächendeckend verbreiten wird. Hiervon hängt aber der Erfolg des ELENA-Verfahrens ab.

Die Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die bisher gespeicherten Daten unverzüglich gelöscht und die Arbeitgeber von den bestehenden elektronischen Meldepflichten entlastet werden. Das BMWi wird in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Es ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, Lösungen aufzuzeigen, die die bisher getätigten Investitionen der Wirtschaft aufgreifen. Das BMAS wird ein Konzept erarbeiten, wie die bereits bestehende Infrastruktur des ELENA-Verfahrens und das erworbene Know-how für ein einfacheres und unbürokratisches Meldeverfahren in der Sozialversicherung genutzt werden können. (Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung des BMWi und des BMAS vom 18.7.2011)

Keine doppelte GEZ-Gebühr für Homeoffice-PC

Gewerblich genutzte, internetfähige Computer können als Zweitgerät von der Rundfunkgebührenpflicht befreit sein, wenn auf demselben Grundstück bereits ein GEZ-pflichtiges Rundfunkgerät genutzt wird. Dies gilt nach einem jetzt veröffentlichten Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (Az.: 7 BV 10.443) unabhängig davon, ob dieses Erstgerät privaten oder beruflichen Zwecken dient.

Der Kläger arbeitete nebenberuflich als selbstständiger Softwareentwickler. Für diese Tätigkeit richtete er sich im Homeoffice einen internetfähigen Computer ein. Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) forderte ihn zur Zahlung der Rundfunkgebühren für diesen PC auf. Da er bereits für andere, privat genutzte Rundfunkempfangsgeräte (sog. Erstgeräte) auf seinem Grundstück zahlte und eine doppelte Gebühr nicht einsah, ging er gegen den Bescheid gerichtlich vor.

Mit Erfolg, denn der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGh) bestätigte nunmehr, dass der Softwareentwickler keine weitere Gebühr für seinen Büro-Computer zahlen muss. Zwar seien internetfähige Computer grundsätzlich gebührenpflichtig, erklärten die Richter. Der betreffende PC falle aber unter den Ausnahmetatbestand der Zweitgerätefreiheit, da der Kläger bereits für andere, in seinem Haushalt befindliche Empfangs- bzw. Erstgeräte GEZ-Gebühren zahlt. Entgegen der Auffassung der GEZ sei es hierbei unerheblich, ob diese privat oder beruflich genutzt werden.

Hinweis: Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen. (Quelle: startothek-Newsletterbeitrag vom 20.07.2011)

Steuern & Finanzen

Grund- und Gewerbesteuerhebesätze aller Kommunen Deutschlands für 2010 im Internet verfügbar

Welche der knapp 11.500 deutschen Kommunen bietet Unternehmen die günstigsten Gewerbesteuerhebesätze? Wo sind für Landwirte und wo für Hauseigentümer die Grundsteuerhebesätze am höchsten? Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt (IT.NRW) mitteilt, lassen sich derartige Fragen anhand der neu erschienenen bundesweiten Veröffentlichung über die Hebesätze der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen), der Grundsteuer B (für sonstige Grundstücke) und der Gewerbesteuer 2010 beantworten.

Hebesatz von ... bis ... Prozent	Städte und Gemeinden 2010 nach der Höhe der Hebesätze					
	in Deutschland			in Nordrhein-Westfalen		
	Grundsteuer ...		Gewerbesteuer	Grundsteuer ...		Gewerbesteuer
	A	B		A	B	
unter 200	148	26	–	109	–	–
200 – 299	5 238	1 697	525	263	7	–
300 – 399	5 380	8 703	10 164	23	225	31
400 – 499	563	936	749	1	148	365
500 – 599	77	69	1	–	16	–
600 – 699	21	6	1	–	–	–
700 – 799	2	1	–	–	–	–
800 – 899	5	2	–	–	–	–
900 – 999	2	1	1	–	–	–
über 1 000	6	–	–	–	–	–
ohne Angabe ¹⁾	–	1	1	–	–	–
Insgesamt	11 442	11 442	11 442	396	396	396

1) Wegen kommunaler Gebietsreformen gelten in einigen brandenburgischen Kommunen (noch) keine einheitlichen Hebesätze bzw. es liegen keine gewogenen Durchschnittshebesätze vor.

In NRW reichte beim Vergleich aller 396 Städte und Gemeinden die Spanne der örtlichen Hebesätze bei der Grundsteuer A von 150 Prozent (Langenfeld, Schloss Holte-Stukenbrock, Verl) bis 400 Prozent (Morsbach), während sie bei der Grundsteuer B zwischen 240 (ebenfalls Schloss Holte-Stukenbrock) und 590 Prozent (Essen und Düren) lag. Der Gewerbesteuerhebesatz war in Duisburg, Oberhausen und Bottrop (490 Prozent) am höchsten und in Straelen (310 Prozent) am niedrigsten.

Im Internet stehen die „Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2010“ unter der Adresse <https://webshop.it.nrw.de/webshop/details.php?id=17110> zum kostenlosen Download bereit. (Quelle: IT.NRW Düsseldorf)

NRW.BANK.Sportstätten: Einführung einer 10-jährigen Laufzeitvariante

Im Programm NRW.BANK.Sportstätten stehen ab dem 1. August 2011 folgende Programmvarianten zur Verfügung:

- 10 Jahre Laufzeit mit 1 Tilgungsfreijahr und einer 10-jährigen Zinsbindung (10/1/10);
- 20 Jahre Laufzeit mit 1 Tilgungsfreijahr und einer 10-jährigen Zinsbindung (20/1/10);
- 30 Jahre Laufzeit mit 3 Tilgungsfreijahren und einer 10-jährigen Zinsbindung (30/3/10).

Anträge, die nach dem 31. Juli 2011 bei der NRW.BANK eingehen, werden zu den jeweils neuen Programmbedingungen entschieden. Alle Anträge, die bis einschließlich 31. Juli 2011 bei der NRW.BANK eingehen und sofern die für die Entscheidung notwendigen Unterlagen bis zum 30. September 2011 vorliegen, werden zu den bis zum 31. Juli 2011 gültigen Programmbedingungen entschieden.

Die aktuellen Programm-Merkblätter und Formulare finden Interessenten auf der Homepage (www.nrwbank.de) der NRW.BANK.

Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm NRW wieder geöffnet

Mit einer neuen Richtlinie vom 15. Juli 2011 wurde das seit Juni 2010 gestoppte Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm NRW (RWP) wieder für die gewerbliche Zuschussförderung in bestimmten Fördergebieten, darunter u.a. in Hagen geöffnet. Die NRW.BANK nimmt ab sofort wieder Anträge entgegen.

Angesichts unverändert knapper Haushaltsmittel und des Wegfalls der Mittel aus dem Konjunkturpaket I waren allerdings Einschränkungen bei den Förderkonditionen in der Richtlinie für die Gewährung von Finanzierungshilfen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismusgewerbes vom 15.07.2011 (RWP.NRW 2011) unvermeidlich. Im Ergebnis sollten die Förderangebote aber immer noch genügend Anreiz geben, in den strukturschwachen Regionen des Landes zu investieren. Insbesondere, wenn man sie in Zusammenhang mit den anderen unbestrittenen Standortvorteilen Nordrhein-Westfalens setzt.

Der Kreis der Zuwendungsempfänger, insbesondere aus den in einer sog. Positivliste aufgeführten Wirtschaftsbereichen sowie überwiegend überregional tätigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist weitgehend unverändert. Als wesentliche Änderungen sind hervorzuheben:

FÜR DIE PRAXIS

- Absenkung der max. förderfähigen Investitionskosten auf 120.000 Euro für jeden neuen und 90.000 Euro für jeden gesicherten Arbeitsplatz.
- Absenkung der Förderhöchstsätze für Arbeitsplatz schaffende Maßnahmen in den C-Fördergebieten auf 25 Prozent für kleine Unternehmen (KU); mittlere Unternehmen (MU) werden mit 20 Prozent bezuschusst. Arbeitsplatz sichernde KMU-Maßnahmen können maximal mit 15 Prozent gefördert werden. In den D-Fördergebieten, wie zum Beispiel in Hagen werden Arbeitsplatz schaffende KU-Maßnahmen mit maximal 20 Prozent, Maßnahmen der übrigen Unternehmen mit 10 Prozent gefördert; große Unternehmen können allerdings nur mit maximal 200.000 Euro Gesamtfördersumme innerhalb von drei Steuerjahren gefördert werden. Für Arbeitsplatz sichernde Maßnahmen gelten in den D-Fördergebieten unveränderte Fördersätze von 15 Prozent für KU sowie 10 Prozent für MU.
- Keine Doppelzählung von Ausbildungsplätzen.
- Förderzugang nur, wenn bei Betriebserrichtungen eine Mindestanzahl von drei neuen Arbeitsplätzen durch KMU bzw. 100 durch Großunternehmen geschaffen wird.
- Wegfall der alternativen Lohnkostenförderung.
- Neuer Förderzugang für die Neuansiedlung von Großunternehmen, wenn mindestens 100 neue Arbeitsplätze geschaffen werden; bei Betriebserweiterungen sind Mehrzuwächse von 15 Prozent plus 50 neue Arbeitsplätze erforderlich. Die Förderung beträgt hier 15 Prozent, aber maximal 2,5 Mio. Euro.

Die neue Richtlinie ist am 15. Juli 2011 in Kraft getreten und gilt bis zum 31. Dezember 2013. Sie ist auf alle Anträge anzuwenden, die nach dem 14. Juli 2011 bei der NRW.BANK gestellt werden und bis zum 31. Dezember 2013 bei der NRW.BANK eingehen. Die neue RWP-Richtlinie kann auf der Homepage der NRW.BANK (www.nrwbank.de) abgerufen oder bei der Kammer unter Telefon (0 23 31) 3 90-2 82/-3 46 angefordert werden, die auch für weitere Fragen zur Verfügung steht. ■

Bürgschaftsbank mit positivem Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr

Zufriedenstellende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgten in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres für eine Bürgschaftsförderung auf stabil hohem Niveau. So konnten insgesamt 262 Bürgschaften mit einem verbürgten Kreditvolumen von gut 82 Mio. Euro übernommen werden. Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum bedeutet dies einen Zuwachs von mehr als 15 Mio. Euro bzw. 23 Prozent.

Bemerkenswert ist trotz der seit Beginn dieses Jahres wieder geltenden reduzierten Bürgschaftshöchstgrenze von 1 Mio. Euro der Trend zu größeren Projekten. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das durchschnittlich verbürgte Kreditvolumen von 260.000 auf 310. ■

Aktuelle Infos zur Wirtschaftsförderung

Bis kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns noch folgende Neuigkeiten, Informationen und Änderungen im Bereich der Wirtschaftsförderung:

- Im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 15 vom 24. Juni 2011 wurden die „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP)“ durch Runderlass des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2011 veröffentlicht.

Ergänzende Informationen bzw. eine Kopie der Bekanntmachungen und Veröffentlichungen erhalten Interessenten beim Fachbereich 30 der Kammer unter Telefon (0 23 31) 3 90-3 46. ■

Industrie

Arbeitskosten - Sie steigen wieder

Nachdem sich die Arbeitskosten im deutschen Produzierenden Gewerbe krisenbedingt im Rückwärtsgang bewegten, sind sie zuletzt wieder gestiegen: So musste ein Arbeitgeber 2010 in Westdeutschland für eine Vollzeitkraft im Schnitt 56.700 Euro aufwenden; das waren 4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Osten kostete die gleiche Kraft 2010 durchschnittlich 37.740 Euro - 3,2 Prozent mehr als 2009.

Das Kostenplus ist vor allem dadurch bedingt, dass die Unternehmen aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs ihre Mitarbeiter wieder voll einsetzen und weniger Kurzarbeit praktizieren. So erhöhte sich die bezahlte Arbeitszeit je Vollzeitbeschäftigten in den alten Bundesländern im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent. Im Jahr 2009 hatte es aufgrund der Finanz- und Konjunkturkrise noch einen Rückgang der bezahlten Arbeitszeit von knapp 4 Prozent gegeben.

Weitere Details sind zu finden in dem Beitrag von Christoph Schröder: Die Struktur der Arbeitskosten in der deutschen Wirtschaft, in: IW-Trends 2/2011 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. ■

NRW-Industrie: Nachfrage im Mai um 29 Prozent höher als im Mai 2010

Die Auftragsgänge im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbe waren im Mai 2011 preisbereinigt um 29 Prozent höher als im Mai 2010 und erreichten einen Indexwert von 119,9 Punkten (2005 = 100). Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als Statistisches Landesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, waren die Bestellungen aus dem Ausland um zwölf Prozent höher als vor Jahresfrist, während die Inlandsnachfrage aufgrund eines Großauftrages sogar um 45 Prozent höher ausfiel als im Mai 2010. Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung konnten die Rückgänge, die aus der Finanzkrise resultierten, noch nicht wieder vollständig ausgeglichen werden; die aktuellen Zahlen liegen immer noch unter dem Niveau von 2008.

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe NRW im Mai 2011 im Vergleich zum Mai 2010			
Produzenten von ...	insgesamt	Inland	Ausland
	in Prozent		
Vorleistungsgütern	+ 11	+ 13	+ 8
Investitionsgütern	+ 62	+130	+ 18
Gebrauchsgütern	+ 17	+ 21	+ 14
Verbrauchsgütern	+ 6	+ 2	+ 11
Insgesamt	+ 29	+ 45	+ 12

Wie die Übersicht zeigt, war die Nachfrageentwicklung im Mai in allen Wirtschaftsbereichen positiv. Bei den Bestellungen von Investitionsgütern konnte im Inland aufgrund eines Großauftrages im Bereich des Schienenfahrzeugbaus ein Zuwachs von 130 Prozent verbucht werden, aber auch im Auslandsgeschäft (plus 18 Prozent) konnte ein Zuwachs verzeichnet werden. Auch im Bereich der Vorleistungs- und Gebrauchsgüter zog – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau – das Inlandsgeschäft stärker an als die Auslandsnachfrage. Im Verbrauchsgütersektor war die Nachfrage aus dem Ausland höher als die Inlandsnachfrage. (Quelle: IT.NRW 136 / 11, 1. Juli 2011)

Technologie

ERP-Startfonds III

Die KfW Bankengruppe stellt seit 2004 in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie aus dem ERP-Startfonds Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen zur Verfügung. Im Rahmen des ERP-Startfonds III werden nunmehr neue Mittel bereit gestellt.

Neu ist, dass die Gesamtfinanzierung für ein Technologieunternehmen bis zu 5.000.000 EUR – statt im Rahmen des ausgelaufenen Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ der Bundesregierung 6.000.000 EUR – betragen kann. Mit diesem Höchstbetrag können mehrere Finanzierungsrunden begleitet werden. Der Höchstbetrag pro Finanzierungsrunde liegt bei 2.500.000 EUR. Die Beteiligung der KfW beträgt bis zu 50 Prozent der von Leadinvestor und KfW kofinanzierten Investitionssumme (Koinvestition).

Wie bisher dient die Beteiligung der KfW der subsidiären Finanzierung von Innovationsvorhaben. Wesentliche Voraussetzung des Programms ist, dass ein weiterer Beteiligungsgeber (Leadinvestor) eine Beteiligung an dem Technologieunternehmen eingeht. Parallel hierzu kann sich die KfW aus dem ERP-Startfonds zu wirtschaftlich gleichen Konditionen („pari passu“) beteiligen. Der Leadinvestor betreut auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages auch das Investment der KfW.

Das aktuelle Programm-Merkblatt kann von der KfW-Homepage (www.kfw.de) herunter geladen oder unter der E-Mail wittig@hagen.ihk.de bei der Kammer angefordert werden.

Verkehr

Höchste Förderung für kleine Unternehmen

Zuschüsse beim Kauf neuer Lkw


Voraussetzungen:

- Mindestens 12 Tonnen Gesamtgewicht
- Schadstoffarm gemäß EEV bzw. Euro VI
- Ausschließliche Nutzung für den Güterverkehr
- Mindestens zweijährige Dauerzulassung in Deutschland durch den Zuschussnehmer

Zuschuss pro Fahrzeug:

Kleine Unternehmen*	Schadstoffklasse Euro VI	2.200 €
	Schadstoffklasse EEV	1.650 €
Mittlere Unternehmen*		1.800 €
Großunternehmen*		1.350 €
		1.400 €
		1.050 €

Anträge:
Vor dem Kauf direkt bei der KfW Bankengruppe

Quelle: KfW Bankengruppe *Kriterien der EU-Kommission  301 0711

Mit dem Programm „Anschaffung emissionsarmer Lkw – Zuschuss“ fördert die KfW Bankengruppe im Auftrag des Bundes die Erneuerung des Nutzfahrzeugbestands in Deutschland. Wer jetzt beim Kauf neuer schwerer Nutzfahrzeuge auf besonders umweltverträgliche Modelle achtet, leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern profitiert auch unmittelbar in „barer Münze“. Pro Fahrzeug können bei der KfW Ban-

FÜR DIE PRAXIS

kengruppe bis zu 2.200 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuss beantragt werden. Dabei gilt grundsätzlich: Je kleiner das Unternehmen und je besser die Schadstoffklasse des Neuen, desto höher der Zuschuss. Weiterer Vorteil: Mit emissionsarmen Nutzfahrzeugen lassen sich auch die Betriebskosten – etwa bei der Lkw-Maut – erheblich senken. Wichtig: Anträge auf Zuschüsse müssen direkt bei der KfW Bankengruppe gestellt werden. Und: Die Zusage der KfW muss vorliegen, bevor ein Fahrzeug gekauft oder verbindlich bestellt wird. Antragsvordrucke und weitere Einzelheiten gibt es unter www.kfw.de. (Quelle: KfW Bankengruppe – Grafik/Text: imu-Infografik) ■

Unternehmenssicherung

NRW: "Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung"

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung am 21. Juni 2011 ein „Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung“ beschlossen. „Das ist eine gemeinsame Initiative mit Arbeitgebern, Kammern und Arbeitsverwaltungen in den sechzehn Arbeitsmarktregionen des Landes. Wir haben uns auf konkrete Strategien verständigt, den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken. Im Gegensatz zur Bundesregierung handelt das Land“, sagte Arbeitsminister Schneider bei der Vorstellung der Initiative zur Fachkräftesicherung. Es werde bewusst ein regionaler Ansatz gewählt, weil der Fachkräftebedarf im Land räumlich und branchenspezifisch unterschiedlich sei.

Nach Berechnungen des Prognos-Instituts drohe in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 ein Fachkräftemangel von 630.000 Menschen. Angesichts der guten Konjunktur steigt der Fachkräftebedarf auch in Nordrhein-Westfalen. Die Umsetzung der Initiative erfolgt über vielfältige Landesprogramme und zusätzlich bis zu 50 Millionen Euro bis 2015. Zunächst wird es darum gehen festzustellen, welche Arbeitskräftepotenziale in den Regionen vorhanden sind, um diese mit der Nachfrage der Unternehmen nach Fachkräften abzugleichen. Um Transparenz sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite herzustellen, wird in einem ersten Schritt ein regionales Monitoring aufgebaut. Dann wird es darauf ankommen, Handlungspläne in den arbeitsmarktpolitischen Regionen zu entwickeln, die die spezifischen Bedarfe und mögliche Lösungsansätze und Maßnahmen aufzeigen.

Weitere Informationen zur Initiative zur Fachkräftesicherung in NRW 21.06.2011 – Eckpunktepapier für ein Förderprogramm – finden Interessenten unter dem Link http://www.mais.nrw.de/08_PDF/005/Pressemitteilungen/110621-Anlage_1-initiative_fachkraeftesicherung.pdf. (Quelle: MAIS NRW, 15. Juni 2011) ■

KfW-Studie: Chefinnen im Mittelstand

Rund 3,7 Millionen mittelständische Unternehmen gibt es in Deutschland, bei rund 20 Prozent bzw. 730.000 stehen Frauen an der Spitze und damit deutlich mehr als bei DAX-Unternehmen (3,2 Prozent). Eine Studie auf Basis des KfW-Mittelstandspanels zeigt nun auf, dass frauengeführte mittelständische Unternehmen niedrigere Umsatzwachstumsraten sowie eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Durchführung von Investitionen aufweisen als männergeführte Unternehmen. „Diese Differenzen lassen sich nicht durch strukturelle Merkmale wie etwa Branche oder finanzielle Ausstattung erklären“, sagt Dr. Margarita Tchouvakhina, Abteilungsdirektorin der volkswirtschaftlichen Abteilung der KfW Bankengruppe und Leiterin der Studie, „ein Grund liegt in der unterschiedlichen, geschlechterspezifischen Motivation für die Selbständigkeit: Frauen streben seltener an, mit ihrem Unternehmen zu wachsen, um flexibel zu bleiben und die Balance zwischen privatem und beruflichen Leben besser zu halten.“

Im Jahr 2009 investierte der deutsche Mittelstand insgesamt 176 Mrd. EUR, 16 Mrd. EUR davon wurden von frauengeführten Unternehmen getätigt. Die Betriebe mit einer Frau an der Spitze zählten 3 Millionen FTE-Beschäftigte (Full-Time-Equivalent), was etwa 13 Prozent der FTE-Beschäftigten im deutschen Mittelstand im Jahr 2009 ausmachte.

Während Frauen überdurchschnittlich häufig Unternehmen im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, wie z. B. den Branchen Erziehung, Gesundheitswesen und Kultur (etwa 30 Prozent) oder dem Gastgewerbe (ca. 50 Prozent) führen, finden sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich des Inhabers im Groß- und Einzelhandel sowie in den Bereichen Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Finanzdienstleistungen und unternehmensnahe Dienstleistungen.

Über die in der Studie untersuchten Jahre 2002 bis 2009 wurde festgestellt, dass Chefinnen im Vergleich schneller und stärker in ihrem Investitionsverhalten auf negative Konjunkturzeichen reagierten, zu Boomzeiten die Wachstumsdynamik jedoch nur zögerlich nutzen. „Wachstumsorientierte Investitionsziele nehmen bei männergeführten Unternehmen einen höheren Stellenwert ein. Männer geben signifikant häufiger an zu investieren, um das Produktsortiment zu erneuern, Innovation, Forschung und Entwicklung zu ermöglichen oder den Umsatz zu steigern“, sagt Dr. Tchouvakhina. „Für Frauen spielen expansive Investitionsziele weniger eine Rolle, was zum Teil die geringere Wachstumsneigung erklärt.“

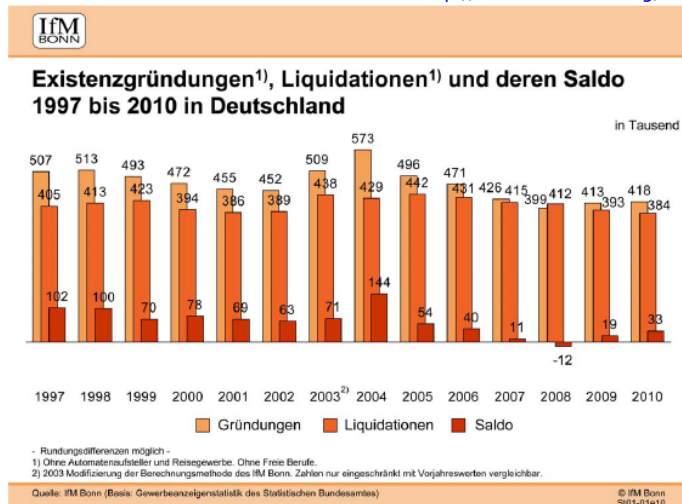
Die Hauptmotivation, sich selbständig zu machen, ist dabei für Frauen und für Männer ähnlich: Es geht ihnen darum, eigene Ideen zu verwirklichen und der eigene Chef/die eigene Chefin zu sein. Für Frauen ist die Erzielung eines höheren Einkommens durch die Selbständigkeit dann aber deutlich weniger wichtig als für Männer. Es ist die zeitliche Flexibilität – vermutlich im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf –, die für Frauen hingegen ein höheres Gewicht hat. Den persönlichen unternehmerischen Erfolg sehen Frauen entsprechend auch nicht primär in den männlich geprägten Indikatoren Wachstum und Profit, sondern in der Arbeitszufriedenheit, der Autonomie und der Selbstverwirklichung.

Zudem kann die unternehmerische Entscheidung für eine Expansion des Betriebs mit zusätzlichem finanziellen Aufwand und höheren Risiken verbunden sein. Dies versuchen jedoch Frauen in der Selbständigkeit möglichst zu vermeiden. Frauen beantragen seltener Kredite als Männer und führen daher seltener Verhandlungen mit Kreditinstituten. Benötigen sie jedoch eine Finanzierung durch ein Bankdarlehen, sind Chefinnen im Kreditverhandlungsprozess genauso erfolgreich wie Chefs.

Die Studie KfW Research „Chefinnen im Mittelstand – Unternehmerische Tätigkeiten von Frauen“ finden Interessenten im Internet unter <http://www.kfw.de/chefinnen>.

Gründungsgeschehen 2010: Die positive Entwicklung des Vorjahres setzt sich fort

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn ermittelte 2010 rund 417.600 (2009: 412.600) gewerbliche Existenzgründungen. Das bedeutet ein Plus von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Liquidationen verringerte sich um 2,3 Prozent und belief sich auf rund 384.200. Daraus ergibt sich für das Jahr 2010 ein Gründungssaldo von 33.400, was eine Steigerung um 14.200 bedeutet. Die Zunahme bei den Gründungszahlen ist auf die verstärkte Gründung von Kleinbetrieben zurückzuführen. Die Zahl der Gründungen von Hauptniederlassungen war hingegen rückläufig. Weitere Informationen unter dem IfM-Link <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=612>.



Gründungsförderung in Theorie und Praxis

Von Gründungen werden positive Wirkungen für Wachstum, Beschäftigung und Innovationskraft einer Volkswirtschaft erwartet. Der Sammelband „Gründungsförderung in Theorie und Praxis“ – entstanden auf Initiative des Arbeitskreises „Gründungen und Wirtschaftspolitik“ des Förderkreises Gründungsforschung (FGF) e. V. und herausgegeben von KfW und FGf – beschäftigt sich mit einem breiten Spektrum von Fragen der Gründungs-

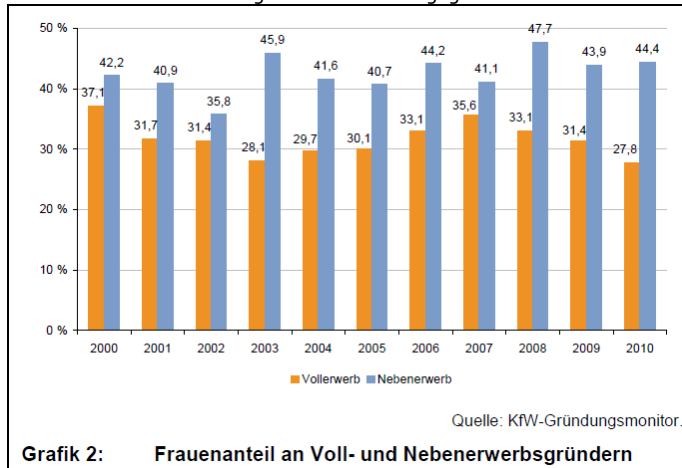
MOSAİK

förderung. Dazu gehören grundsätzliche Überlegungen zum Marktversagen als Begründung und Ansatzpunkt der Förderpolitik, empirische Evidenz für Gründungshemmnisse sowie spezifischen Zielgruppen der Gründungsförderung.

Die Studie „Gründungsförderung in Theorie und Praxis“ (1,1 MB) steht als kostenloser Download unter dem Link http://www.kfw.de/kfw/de/II/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_Sonderpublikationen/Gruendungsfoerderung_in_Theorie_und_Praxis_Internet.pdf zur Verfügung. ■

KfW: Frauen gründen anders

Eine aktuelle Studie der KfW Bankengruppe hat untersucht, inwieweit sich die Gründungsprojekte zwischen Gründerinnen und Gründern unterscheiden. Die Studie wurde auf Basis der repräsentativen Daten des KfW-Gründungsmonitors erstellt. Danach starten Frauen im Durchschnitt kleinere Gründungsprojekte als Männer und gründen etwas häufiger im Nebenerwerb sowie ohne Mitarbeiter oder mitgründende Teampartner. Hinsichtlich der Bestandsfestigkeit bestehen hingegen keine Unterschiede zwischen vergleichbaren Projekten von Gründerinnen und Gründern.



Weitere Informationen zur Studie „Gründerinnen – Frauen als eigene Chefs“ auf der Homepage der KfW Bankengruppe unter dem Link http://www.kfw.de/kfw/de/II/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_Akzente/Akzente_Nr_44.pdf. ■

Erfahrungsaustausch

DFV-Checkliste zum Franchise-Vertrag

Die Praxis zeigt, dass Vertragsverhandlungen für Franchise-Nehmer und Franchise-Geber in der Regel komplex sind. Dabei wissen manche Franchise-Nehmer manchmal nicht genau, welche Aspekte der Vertrag beinhalten sollte. Die neue Checkliste will helfen, diese Wissenslücken zu schließen. Selbst wenn jedes Vertragswerk individuell auf das System zugeschnitten ist, gibt es zahlreiche Regelungen, die in allen Franchise-Verträgen enthalten sein sollten. Worauf ein angehender Franchise-Nehmer hierbei achten sollte, kann er mit einer neuen Checkliste in Erfahrung bringen: Das sechsstufige Dokument „Mit DFV-Checkliste zum unterschriftsreifen Franchise-Vertrag“, das der Deutsche Franchise-Verband e.V. (DFV) entwickelt hat, steht auf der DFV-Website kostenlos unter dem Link www.franchiseverband.com/vertrag zur Verfügung. ■

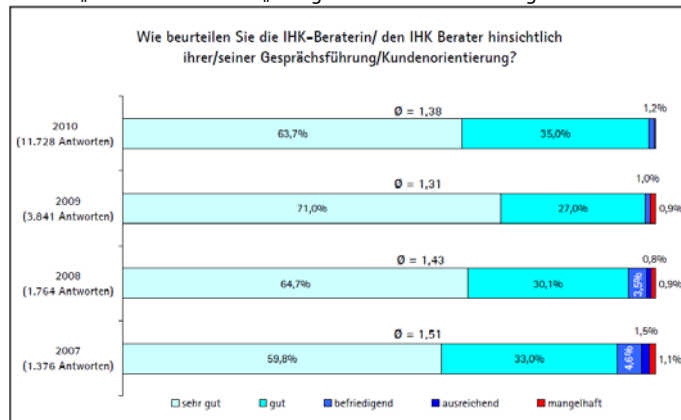
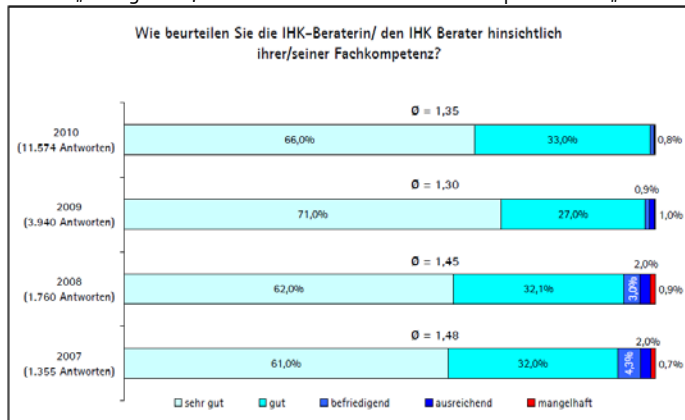
Hohe Zufriedenheit mit IHK-Gründerservice – 11.864 Existenzgründer befragt

Auch bei deutlich ausgeweiteter Befragungsbasis zeigt die bundesweite Auswertung von IHK-Gründerbefragungen eine hohe Zufriedenheit mit dem IHK-Gründerservice. Fast alle antwortenden Existenzgründer würden den IHK-Gründerservice weiterempfehlen. Fachkompetenz und Kundenorientierung werden mit 1,35 bzw. 1,38 bewertet. 11.864 Antworten liegen der Auswertung zugrunde – nach 3.941 im Vorjahr.

Um Anhaltspunkte zur Weiterentwicklung des IHK-Gründerservice zu gewinnen, führen viele IHKs Befragungen bei Gründern durch; u. a. werden die Kundenzufriedenheit mit der IHK-Gründungsberatung sowie die Fachkompetenz und Kundenorientierung der IHK-Gründungsberater hinterfragt. 51 von 80 IHKs haben sich bundesweit an der Befragung beteiligt.

Die IHK-Gründungsberatung erweist sich aus Sicht der antwortenden Existenzgründer überwiegend als hilfreich für das Gründungsvorhaben. Die Werte bewegen sich auch bei deutlich ausgeweiteter Anzahl der Antworten auf hohem Niveau. 94 Prozent geben an, das Beratungsgespräch habe weiter geholfen oder sehr weiter geholfen.

99 Prozent der antwortenden Existenzgründer bewerten die Fachkompetenz der IHK-Existenzgründungsberater mit mindestens „gut“, zwei Drittel mit „sehr gut“. 0,8 Prozent bewerten die Fachkompetenz mit „befriedigend“. Ein „ausreichend“ oder „mangelhaft“ wird kaum vergeben.



Auch hinsichtlich ihrer Kundenorientierung erhalten die IHKs gute Beurteilungen. Fast 99 Prozent bewerteten die Kundenorientierung der IHK-Gründungsberater mit „gut“ oder „sehr gut“.

98,4 Prozent würden den IHK-Gründerservice weiter empfehlen oder haben ihn bereits weiter empfohlen.

Mit einer Gesamtnote „Kundenzufriedenheit“ von 1,36 liegen die IHKs im Durchschnitt klar unter der im IHK-Standardleistungskatalog empfohlenen Schranke von 2,0.

Aufschwung lockt Existenzgründer: DIHK stellt aktuellen Gründerreport vor

Auf wachsendes Gründungsinteresse in der Bundesrepublik lassen die Ergebnisse des neuen Gründerreports schließen, den der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) jetzt vorgelegt hat. "In Deutschland werden wieder mehr Unternehmen gegründet", berichtete DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann dem "Handelsblatt". "Bemerkenswert ist: endlich auch in einem Aufschwung! Denn bislang gab es bei besserer Konjunktur und rückläufiger Arbeitslosigkeit stets weniger Gründer."

Der aktuelle DIHK-Report fußt auf über 360.000 Kontakten von Existenzgründungsberatern der Industrie- und Handelskammern (IHKs) mit angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern. Der Studie zufolge führten die IHKs im vergangenen Jahr insgesamt 361.058 Gründungsgespräche, 1,1 Prozent mehr als 2009. Die Zahl der Interessenten, die ein vorbereitetes Gründungskonzept diskutierten, kletterte sogar um 8,5 Prozent auf nunmehr 64.343.

Die öffentliche Diskussion zum Thema "Unternehmertum" trage erste Früchte, erklärte Driftmann den erfreulichen Trend. Allerdings drohe vielen Gründungen wegen mangelhafter Vorbereitung ein frühes Aus. "Noch immer wollen die meisten Gründer zuallererst der Erwerbslosigkeit entkommen", bedauerte der DIHK-Präsident. "Furcht ist jedoch ein schlechter Ratgeber, der oft dazu führt, sich übereilt in das 'Abenteuer Selbstständigkeit' zu begeben", warnte er.

Weil das Thema "Unternehmertum" im deutschen Bildungssystem noch immer zu wenig behandelt würde, seien beim Start selbst grundlegende Fragen oft ungeklärt: "43 Prozent aller arbeitslosen Gründer haben keine klare Geschäftsidee", berichtete Driftmann. "So kann niemand in Verhandlungen mit Kunden, Geschäftspartnern und Banken bestehen."

Es sei daher richtig, den Gründungszuschuss für Arbeitslose neu zu justieren. Die Umwandlung von einem Rechtsanspruch in eine Ermessensleistung gebe den Arbeitsagenturen die Möglichkeit, individueller abzuwägen, ob die Selbstständigkeit für den Arbeitslosen wirklich der geeignete Weg sei. So könnten öffentliche Gelder zielgerichteter in erfolgversprechende Gründungsprojekte gelenkt werden. Driftmann: "Das erschwert zwar den Zugang, schützt aber vor Schnellschüssen."

Den aktuellen Zahlen zufolge wollen sich 64 Prozent der Gründungsinteressenten in Dienstleistungsbranchen wie Gastgewerbe, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen oder Tourismus selbstständig machen. Driftmann: "Viele dieser neuen Unternehmen sind zwar zunächst klein und starten häufig ohne Mitarbeiter. Allerdings: Wer eine zündende Idee hat, die den Zuspruch der Kunden findet, kann auch rasch wachsen."

Als "besonders erfreulich" wertete der DIHK-Präsident, dass immer häufiger Frauen ein Unternehmen gründen wollen. "Binnen sieben Jahren ist der Anteil der Gründerinnen von 32 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2010 gestiegen", sagte Driftmann. Er führte diesen Trend auf ein sich wandelndes Rollenverständnis zurück. Die Wirtschaftsregion mit den anteilig meisten Existenzgründerinnen bleibt mit 43 Prozent der Osten; in manchen IHK-Regionen beträgt der Gründerinnenanteil sogar 50 Prozent oder mehr.

Unter dem Link www.dihk.de/ressourcen/downloads/gruenderreport-2011/at_download/file?mdate=1308902363205 können Sie den kompletten DIHK-Gründerreport 2011 downloaden. (Quelle: DIHK, 24. Juni 2011)

REGIONALE WIRTSCHAFT

Unternehmensbefragung 2011: Krise überwunden – strukturelle Finanzierungsprobleme rücken wieder in den Vordergrund

Die Finanzierungssituation der Unternehmen hat sich innerhalb der vergangenen zwölf Monate stark verbessert, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelösten Finanzierungsschwierigkeiten sind weitgehend überwunden. Die spezifischen, strukturellen Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer sowie junger Unternehmen heben sich dafür wieder stark ab. Dies zeigt die Unternehmensbefragung 2011, die die KfW gemeinsam mit BDI, BGA, HDE, ZDH sowie weiteren führenden Wirtschaftsverbänden im 1. Quartal 2011 durchgeführt hat.

Zwar ist der Anteil der Unternehmen, die über erschwerte Bedingungen beim Kreditzugang klagen, sehr stark auf rund ein Viertel zurückgegangen. Jedoch berichten kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 1 Million Euro mehr als drei Mal so häufig über Erschwernisse bei der Kreditaufnahme als größere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro. Die schwierigere Situation kleiner Unternehmen bei der Kreditaufnahme lässt sich auch daran festmachen, dass diese 5,5-mal häufiger von Erschwernissen als von Erleichterungen berichten.

Die Unternehmen, dieangaben Erschwernisse beim Kreditzugang zu haben, führen wie in den Vorjahren als Hauptgründe vor allem höhere Anforderungen an die Dokumentation von Vorhaben (84 Prozent der Nennungen) sowie die Offenlegung von Informationen (82 Prozent) an. Diese Zahlen liegen auf dem Niveau des Vorjahres und betreffen alle Unternehmensgruppen gleichermaßen. Dies deutet darauf hin, dass die im Zuge der Krise gestiegene Risikosensitivität der Kreditinstitute fortbesteht.

Die mit 81 Prozent ebenfalls unverändert häufige Nennung von gestiegenen Anforderungen an die Sicherheiten als Grund für Erschwernis beim Kreditzugang verdeutlicht zudem die hohe Bedeutung, die Kreditinstitute den Sicherheiten als Instrument zur Steuerung ihres Risikos beimessen.

Die unterschiedlichen Qualitäten der Schwierigkeiten in der Unternehmensfinanzierung spiegeln sich auch darin, dass das Problem, überhaupt noch einen Kredit zu erhalten, bei kleinen Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 1 Million Euro beinahe 7mal so häufig auftritt wie bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz.

Die Unternehmensbefragung 2011 hat die KfW zum zehnten Mal zusammen mit 24 führenden Wirtschaftsverbänden durchgeführt. Rund 3.300 Unternehmen haben an der im 1. Quartal 2011 durchgeführten Befragung teilgenommen. Die Studie „Unternehmensfinanzierung 2011: Folgen der Krise auf die Unternehmensfinanzierung weitgehend überwunden – strukturelle Finanzierungsprobleme rücken wieder in den Vordergrund“ sowie alle Unterlagen zur Pressekonferenz können unter dem Link <http://www.kfw.de/kfw/de/KfW-Konzern/Research/Befragungen/Unternehme.jsp> abgerufen werden. ■

IT.NRW legt Daten zur regionalen Entwicklung der Wirtschaftsleistung in NRW für 2009 vor

Die Wirtschaftsleistung – hier dargestellt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – lag in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009 bei 60.244 Euro je Erwerbstätigen. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt (IT.NRW) mitteilt, erreichte die Stadt Düsseldorf mit 86.384 Euro je Erwerbstätigen den Spitzenwert innerhalb der 31 Kreise und 23 kreisfreien Städte des Landes. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die Stadt Essen mit 78.782 Euro und der Rhein-Kreis Neuss mit 78.067 Euro je Erwerbstätigen. Die niedrigsten Werte verzeichneten die Kreise Coesfeld (49.740 Euro) und Höxter (48.534 Euro) sowie die Stadt Bottrop (45.677 Euro). Das Ergebnis für das Ruhrgebiet lag mit 61.112 Euro je Erwerbstätigen um 1,4 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

Das Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen belief sich im Jahr 2009 auf 523 Milliarden Euro, das waren 4,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Allein die Städte Köln und Düsseldorf trugen jeweils etwa acht Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde im Jahr 2009 geprägt durch einen starken konjunkturellen Abschwung. Die Auswirkungen auf die kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen waren unterschiedlich: Die Stadt Bonn verzeichnete mit plus 0,8 Prozent eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Jahr 2008. Die größten Rückgänge verzeichneten der Kreis Olpe (minus 10,9 Prozent) und der Märkische Kreis (minus 11,0 Prozent). Die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen im Land spielten bei der Entwicklung eine besondere Rolle: Regionen mit hohen Anteilen des Verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt mussten 2009 deutlichere Rückgänge hinnehmen als ausgeprägte Dienstleistungsstandorte, deren konjunkturelle Entwicklung vergleichsweise moderater verlief. Die Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Kreise in NRW finden Sie als kostenlosen Download im Internet unter http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2011/pdf/120_11.pdf (Quelle: IT.NRW) ■

Kleinräumige Ergebnisse für alle Städte und Gemeinden Deutschlands zentral verfügbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten ab sofort Statistik-Daten für alle Städte und Gemeinden in Deutschland zum kostenlosen Download an. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als Statistisches Landesamt mitteilt, können die Daten unter <http://www.regionalstatistik.de> abgerufen werden. Zunächst stehen Informationen über die Bevölkerungsentwicklung für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Deutschland zur Verfügung. Konkret können Daten über die Bevölkerungszahlen, Geburten, Sterbefälle und Wanderungen (Zu- und Fortgezogene) für die Jahre 2008 und 2009 abgerufen werden. So lässt sich z. B. auf einen Blick erkennen, welches die größte Stadt (Berlin mit 3,44 Millionen Einwohnern) und welches die kleinsten Gemeinden (Wiedenborstel, Schleswig-Holstein und Dierfeld, Rheinland-Pfalz mit jeweils 8 Einwohnern) in Deutschland sind.

Damit wird der Öffentlichkeit eine wichtige Datengrundlage zur Beobachtung der demographischen Strukturen in den Regionen verfügbar gemacht. Da die Daten in allen Bundesländern mit der gleichen Methode erhoben werden, ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse für alle Städte und Gemeinden Deutschlands gewährleistet.

Das Angebot wird fortlaufend aktualisiert und erweitert. Im Laufe dieses Jahres werden Gemeindeergebnisse für zahlreiche weitere Statistik-Themenbereiche veröffentlicht.

Die Regionaldatenbank Deutschland enthält auch ein breites Datenangebot für alle Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Verfügbar sind unter anderem Informationen aus den Themenbereichen Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung und Unterricht, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Verkehr und Tourismus, Sozialwesen, öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umwelt sowie Wahlen. (Quelle: IT.NRW 134 / 11, den 1. Juli 2011) ■

Neue Gastgewerbestatistikverordnung tritt in Kraft

Am 15. Juli 2011 ist die neue Gastgewerbestatistikverordnung in Kraft getreten. Damit wird die Grenze für monatliche statistische Meldepflichten im Gastgewerbe ab dem Berichtsmonat September 2011 von 50.000 auf 150.000 Euro Jahresumsatz angehoben.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: "Entbürokratisierung ist ein zentrales Anliegen - gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen. Auch im Bereich der Wirtschaftsstatistik setzen wir das Schritt für Schritt um. Mit der neuen Verordnung befreien wir rund 2.700 Kleinunternehmen von Meldepflichten und damit von bürokratischen Lasten. Das spart Bürokratiekosten von jährlich etwa 470.000 Euro. Weitere Erleichterungen im Bereich der Wirtschaftsstatistik sind geplant."

Grundlage der Berichtspflichten ist das Handelsstatistikgesetz. Zweck des Gesetzes ist es, Struktur und Entwicklung im Handel und Gastgewerbe beurteilen zu können. Mit der Befreiung von Berichtspflichten im Wege der neuen Gastgewerbestatistikverordnung wird nun ein Gleichklang mit Verfahrensvereinfachungen für entsprechende Unternehmen im Steuerrecht hergestellt. Die konjunkturelle Entwicklung im Gastgewerbe kann aber noch immer hinreichend genau wiedergegeben werden.

Weiterführende Informationen in der Rubrik Bürokratieabbau des BMWi unter dem Link <http://www.bmw.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Wirtschaftspolitik/buerokratieabbau.html>. (Quelle: BMWi-Pressemitteilung vom 15.7.2011) ■

Verbraucherpreisindex im Juli 2011

Verbraucherpreisindex für NRW

NRW	Juli 2011	Juni 2011
2005=100	110,7	110,3

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Deutschland	Juli 2011	Juni 2011
2005=100	111,0	110,6
Veränd. gegen- über Vorjahr:	2,4 %	2,3 %

Weitere Informationen auf der Internetseite www.sihk.de unter der Dokument-Nr. 2632. ■